



Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 86, Telefon 179. — Wohnung: Bismarckstraße 68.

Nummer 161 Fernruf 179 Freitag, den 12. Juli 1929 Fernruf 179 64. Jahrgang.

Reden und Handeln Die „amerikanische Gefahr“

Der frühere französische Ministerpräsident Herriot schreibt in der Zeitung „Capital“:

„Während uns die Vereinigten Staaten von Amerika ganz andere Beispiele geben, zerfleischen wir Europäer uns gegenseitig. Wenn unser alter Erdteil nicht den Aufbruch derer gehört, die ihm Vernunft predigen, derer, die unsere Streitigkeiten als höchst feindlich betrachten, so wird der Tag nahe sein, wo in den einstigen französischen oder deutschen oder italienischen Sälen ein gewaltiger Film die Ergebnisse der amerikanischen Kolonialisierung vorführen wird. Wovon werden an jenem Tag unsere Arbeiter, Ingenieure, Techniker und Geistesarbeiter leben? Unsere Wissenschaft selbst müßte unter dem Verschwinden oder auch nur einer bedenklichen Verminderung unserer Industrien aufs schwerste notleidend. Die Sache hat auch noch andere Seiten außer den aufgezählten. Einigen wir uns, wir Europäer, nicht um den oder jenen herauszufordern, nicht um das mächtige, reiche und junge Amerika zu bedrohen, was höchst lächerlich wäre, sondern um ganz einfach unsern Kindern das Recht auf ihr Dasein zu sichern!“

Gut gebrüllt, Löwe! Aber einstweilen fahren die Franzosen munter fort, Deutschland mit Youngplan, Räumungsverweigerung, Saarbefragung, Ueberwachungs- und Spionage-Kommissionen und Drohungen und Schikanen aller Art zu quälen.

Im „Popolo d'Italia“ schreibt Arnaldo Mussolini, der Bruder des Duce:

„Europa erscheint uns schwach, ja zum Tod verurteilt. Ohne eine vorherrschende moralische Kraft, krank in seinem östlichen Teil, der Uebermacht des amerikanischen Kapitalismus unterworfen, ist unser Erdteil unsicher, unverteidigt, dem Druck und Uebergewicht von Kräften und Völkern ausgesetzt, die nicht den tausendjährigen Weh unserer Alten Welt haben. Wenn im Bolschewismus können wir die notwendige Kraft und den richtunggebenden Kompaß erkennen, um uns Europäer vor den Gefahren der amerikanischen Geldherrschaft, des Vorbrüchens der farbigen Rassen, des bolschewistischen Einflusses und der liberalen und demokratischen Unfähigkeit zu verteidigen.“

Am gleichen Tag stand im „Stornale“ zu lesen, das republikanische Deutschland sei keine geringere Gefahr für Europa als das kaiserliche Deutschland.

Neue Nachrichten

Das Konkordat geht an den Staatsrat

Berlin, 11. Juli. Nachdem der preussische Landtag den Vertrag zwischen der preussischen Staatsregierung und der Kurie angenommen hat, wird der Gesetzentwurf noch einmal an den Staatsrat gelangen, der darüber zu entscheiden hat, ob er Einspruch gegen das Konkordat erheben will. Mit einem solchen Einspruch ist jedoch nicht zu rechnen. Als Tag für die Unterzeichnung ist der 13. August in Aussicht genommen.

Die Verhandlungen zwischen dem preussischen Staatsministerium und den evangelischen Landeskirchen haben heute begonnen.

Abgelehnte Verfassungsfeier

Berlin, 11. Juli. Der Rektor der Universität Berlin, Prof. Dr. Hils, hat die von den freiheitlichen und sozialistischen Studenten beantragte Verfassungsfeier in der Universität abgelehnt mit der Begründung, in der Studentenenschaft bestehe wegen des Verbots der Kriegsschuldigenkundgebung und deren gewalttätiger Unterdrückung eine solche Erregung, daß die Abhaltung einer Verfassungsfeier in den Räumen der Universität die Gegensätze nur verschärfen würde. Außerdem sei es nie üblich gewesen, diese Räume für Feiern einzelner Gruppen zu überlassen.

B. J. meldet, Kultusminister Becker habe die Direktoren der preussischen Hochschulen zu einer Besprechung im Kultusministerium aufgerufen. Es sei beschlossen worden, an allen technischen Hochschulen Verfassungsfeiern zu veranstalten, und zwar sollen sie, da der 11. August in die Ferien fällt, vor Schluß des Sommersemesters abgehalten werden.

Neuer Sieg Poincarés

Paris, 11. Juli. Außenminister Briand teilte mit, er glaube sicher sein zu können, daß die britische Regierung bereit sei, in der Wahl des Orts für die Konferenz der Regierungen nachzugeben. Nach dem Vorschlag Poincarés sei die Wahl auf Luzern gefallen. Dieser Ort empfahl sich, weil die Konferenz voraussichtlich sehr lange Zeit in Anspruch nehmen werde. Die beteiligten Mächte hätten sich geeinigt, alle Fragen hintereinander und ohne Pause zu erledigen. Es sei deshalb zu erwarten, daß die Regierungskonferenz noch während und nach der nächsten Völkerbundtagung ihre Arbeiten fortzusetzen habe. Luzern als Konferenzort werde den dort anwesenden Diplomaten ermöglichen, sich nach dem Zufall zu begeben, ohne die Konferenz selbst zu unterbrechen. So hat Poincarés Fähigkeit anscheinend über MacDonalds Wunsch im Hinblick auf den Konferenzort gesiegt. Daß maßgebende Männer Frankreichs eine derart lange Dauer der Konferenz in Aussicht stellen, kann nicht gerade überraschend stimmen.

Tagespiegel

Die Reichsregierung hat sich dem Einspruch der 33 Staaten gegen die neuen amerikanischen Zolltarife angeschlossen.

In der Vorbereitungsphase des preussischen Kultusministers Becker und des Staatssekretärs mit den Vertretern der evangelischen Kirchen Preussens, Präsident des Oberkirchenrats D. Kappler, Dr. Wink, Vorsitzender der Generalsynode und Geh. Konfistorialrat Karnah, wurden nur technische Fragen erörtert. Die Vertreter der Kirchen sollen ihre Wünsche vortragen, zu denen das preussische Kabinett Stellung nehmen und Richtlinien entwerfen will. Die preussische Regierung beharrt darauf, daß die eigentlichen Verhandlungen erst nach Unterzeichnung des Konkordats am 13. August beginnen.

Der Londoner „Daily Telegraph“ berichtet aus Paris, es verlautet, Briand beabsichtige, auf der Reparationskonferenz in Luzern einen europäischen Wirtschaftsbund in Vorschlag zu bringen und den Gedanken auf der nächsten Völkerbundversammlung weiter auszuspielen. Auf diese Weise sollen, wie „Deure“ berichtet, auch die Minderheitenfrage und der Anschluß Oesterreichs erledigt, d. h. unmöglich gemacht werden. — In Wirklichkeit würde sich der europäische Wirtschaftsbund, obgleich es in Paris bestritten wird, gegen Amerika richten.

Bei den finnischen Reichstagswahlen haben die Landhändler gesiegt. Die bisher regierende liberale Fortschrittspartei hat eine empfindliche Niederlage erlitten. Da sie sich weigert, sich an einer Vereinigung der Bürgerlichen zu beteiligen, wird wahrscheinlich eine Agrarregierung gebildet werden.

In Hankow werden im August englisch-chinesische Verhandlungen beginnen. England ist bereit, Welheimel an China zurückzugeben und auf eigene Konsulargerichtsbarkeit in China zu verzichten, sowie einen neuen Vertrag abzuschließen, wenn die englischen Entschädigungsansprüche aus dem Boxeraufstand befriedigend geregelt werden. — Welheimel wurde seinerzeit von England auf 99 Jahre „gepacktet“, als Deutschland unfehligerweise Tientsin „packete“.

Bisher nahm man in Frankreich ohne weiteres an, daß bei der Wahl eines neutralen Konferenzorts der Vorschlag ohne weiteres dem französischen Ministerpräsidenten zuerkannt werden müßte. In diesem Fall könnten sich die Konferenzteilnehmer auf Verschiedenes geeinigt machen. Das Konferenzprogramm würde er so fest zu gestalten bemüht sein, daß wahrscheinlich sehr viele der Wünsche, die unter dem Begriff der Kriegskliquidierung von Rechts wegen untergebracht werden müßten, unter den Tisch fielen, soweit sie nicht einem vorwiegend französischen Vorteil entsprechen sollten. Die Methoden der „Länge“, mit denen Poincaré seine Kammerabgeordneten wegzumachen versteht, sind ihm zur zweiten Natur geworden. Es gibt ja keinen im eigentlichen Sinn Unparteilichen bei der bevorstehenden Konferenz. Zweifelslos aber wäre Poincaré von all den denkbaren Vorkandidaten der durch Parteilichkeit (nach Vergangenheit und Charakter) am meisten befangene.

Verschärfung der russisch-chinesischen Spannung

Die Telegraphenverwaltung der Ostchinesischen Bahn beschlagnahmt

Charbin, 11. Juli. Die chinesischen und mandchurischen Behörden haben den Fernsprech- und Telegraphenbetrieb der Ostchinesischen Bahn in Charbin beschlagnahmt mit der Begründung, daß die Betriebe bolschewistischen Untrieben dienstbar gemacht worden seien. Die Gewerkschaften und zwei Sowjet-Handelsbüros wurden geschlossen und 60 russische Beamte, Angestellte und Gewerkschaftler über die Grenze abgeschoben. Auf die Meldung von der Beschlagnahme, die die gegenwärtige chinesisch-russische Spannung noch verschärft, wurde die Konferenz der chinesischen Führer in Peking für die Festsetzung einer gemeinsamen Politik Sowjetrußland gegenüber ab unterbrochen. Tschangschällang reiste mit Sonderzug nach Mukden (Mandschurei) ab. Man fürchtet für sein Leben, nachdem im vorigen Jahr auch sein Vater Tschangschöllin in einem Sonderzug von Peking nach Mukden einem bolschewistischen Bombenanschlag zum Opfer gefallen ist.

Würtl. Landtag

Der Haushaltsplan in dritter Lesung angenommen / Der Landtag geht in die Sommerferien
Der Landtag begann gestern die dritte Lesung des Staatshaushalts. Abg. Ulrich (Soz.) nennt den Haushaltsplan unklar. Die Sozialdemokraten verlangen eine Vereinfachung der Verwaltung durch Zusammen-

legung von Oberämtern; sie erwarten, daß die würtl. Regierung am 11. August würdige Feiern der Weimarer Verfassung veranstalte. Die Ablehnung der Anschaffung des Verfassungsgedenkbuchs für die Schulen sei ein neuer Streich des Kultusministers. Es sei ungeschicklich, daß Beamte und Lehrer sich an Stahlhelm-Feiern beteiligen. Redner fragte, wie die Regierung sich zum Young-Plan stelle, und stellt dann den Antrag: Der Landtag erwarte, daß die Regierung die Reichsregierung bei der Annahme des Young-Plans tatkräftig unterstütze.

Der Staatspräsident wies die Vorwürfe gegen die Finanzgebarung als durchaus unberechtigt zurück. Wir müßten den Haushaltsplan vorsichtig aufstellen. Wenn die Verhältnisse sich besser entwickeln, dann wollen wir uns aufrichtig freuen. Es wäre ganz unzeitgemäß, wenn wir uns jetzt schon zum Young-Plan aussprechen würden. Bis jetzt ist die würtl. Regierung in dieser Frage noch gar nicht befragt worden. Die Reichsregierung selbst hält mit ihrer Ansicht zurück. Es wäre deshalb sehr unvorsichtig, wenn der Landtag zu dieser Frage Stellung nehmen wollte. In der Oberämterfrage habe ich meinen Standpunkt deutlich genug dargelegt. Beamte sollten nicht einer Organisation angehören, die gegen den Staat und seine Verfassung ankämpft. Auch den Stahlhelm beobachten wir auf seine politische Tätigkeit. Am Verfassungstag veranstalten wir mit der Stadt Stuttgart eine gemeinsame Feier in der Stadthalle.

Kultusminister Dr. Bazille erklärte, die Verfassungsdokumentation der Reichsregierung sei bis jetzt deshalb nicht angefordert worden, weil keine Mittel dafür vorhanden waren.

Abg. Körner (BB.): Die Anklagen der Opposition haben wir nun schon fünfmal gehört. Die Opposition ist eben dazu da, zu kritisieren. Solange wir Kritiker waren, haben wir uns belehren lassen, während die Sozialdemokratie unbelehrbar ist und zehnmal das gleiche vorbringt. Bei der Etatberatung hat die Sozialdemokratie sich wenig verantwortungsbewußt gezeigt. Ihre Anträge hätten eine Mehrausgabe von 9 Millionen M. zur Folge gehabt. Wo die Sozialdemokratie Abstriche vorschlug, war es nicht die Absicht, zu sparen, sondern der Widerwille gegen gewisse Einrichtungen, so gegen die Polizei und gegen die Kirchen. Die Anträge der Sozialdemokratie hätten im Fall ihrer Annahme unbedingt eine Steuererhöhung zur Folge. Für die Techn. Hochschule ist bis jetzt noch kein Pfennig angefordert. Es soll erst einmal die Platzfrage gelöst werden. Wir sind keine Kultur- und keine Industrie- und Handelsland. Die Kanalpolitik ist völlig verkehrt. Der Schutz der Landwirtschaft ist keine Landesfrage, sondern eine Lebensfrage des deutschen Volks.

Der soz. Antrag, betr. den Young-Plan wurde durch Uebergang zur Tagesordnung abgelehnt. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten!

Dem Rechtsausschuß überwiesen wurde ein Antrag des Abg. Rath (DB.), dafür zu sorgen, daß die Ortsvorsteher aller Gemeinden ihrer Eigenschaft als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft entkleidet werden. Ein Antrag Boufer (BB.), an besonders bedürftige Kleinrentner 300 000 M. außerordentliche Beihilfen zu geben, wurde mit 30 Ja gegen 27 Nein bei 17 Enthaltungen, die als Nein zählen, abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag des Bauernbunds, an bedürftige Gemeinden für Befolgung der Wehrkräfte 500 000 M. und zu Bauten für Volksschulzwecke 200 000 M. zu geben.

Bei einer sich weiterhin entzündenden Theaterdebatte wurde, als Abg. Heymann (S.) das Wort ergriff, gerufen: Abstimmen! Heymann erwiderte, das geht Sie einen Dreck an. Er erhielt deshalb eine Rüge, und der Abg. Dr. Hörscher einen Ordnungsruf, weil er die Bemerkung des Abg. Heymann als jüdische Unverschämtheit bezeichnete. Ein Antragsantrag betr. Erhöhung der eigenen Einnahmen des Landes theaters um 72 000 M. wurde mit 17 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen und 27 Stimmentweigerungen, eine weitere vom Ausschuß beantragte Entschädigung betr. größtmögliche Sparsamkeit im Betrieb des Landes theaters mit 34 Ja, 35 Nein und 2 Enthaltungen abgelehnt. Ein Antrag Bausch (Chr. Bd.) betr. 300 000 M. niederwertigliche Darlehen für kinderreiche Familien wurde abgelehnt.

Damit war die dritte Lesung des Etats beendet. Der Abmangel hat sich durch die Beschlässe 2. und 3. Lesung von 9,9 auf 10,68 Millionen M. erhöht.

In der Schlafabstimmung wurden der Staatshaushaltsplan und das Staatshaushaltsgesetz gegen die Stimmen von Soz., Dem. und Komm. angenommen. Die Abgg. Ulrich (S.), Scheff (D.) und Schneck (Komm.) begründeten ihre Abstimmungen durch längere Erklärungen. Nachdem dann noch verschiedene Antragsanträge zu Eingaben, der dritte Nachtragsetat, eine Änderung des Beamtengesetzes und das neue Diätengesetz für die Landtagsabgeordneten angenommen worden waren, trat das Haus in die Sommerferien. Nächste Sitzung findet voraussichtlich im Oktober statt.

Württemberg's Finanzlage

Ein Pump an das Reich

In einem Rückblick auf die Etatberatungen schreibt die Süddeutsche Zeitung: Es hat sich erwiesen, daß trotz des Ernstes der Finanzlage die württembergischen Finanzen im Kern gesund sind. Wie schließlich der Abmangel von 10,6 Millionen gedeckt werden kann, kann erst nach dem Rechnungsabluß des Jahres 1929 mit Sicherheit gesagt werden. Zunächst hat Württemberg den Vorzug, daß sich seine Finanzverwaltung gehalten hat, das Betriebs- und Vorratskapital der Staatshauptkasse von 16 Millionen zu verbräuen. Hätte das Reich dieselbe Politik getrieben und sich seinen Kassenbestand erhalten, der nach den Bedürfnissen des Reichs mindestens in Höhe von 300 Mill. RM. notwendig ist, dann wäre die schlimme Lage des Reichs nicht eingetreten. Württemberg wird also trotz des Abmangels nicht in die Lage des Reichsministers kommen, der am 1. Juni nicht mehr in der Lage gewesen wäre, die Beamtengehälter anzuzahlen, wenn er sich nicht mit allen möglichen Anlässen geholfen hätte, darunter auch — das ist besonders bemerkenswert — mit einer Anleihe bei der württembergischen Regierung, die dem Reichsfinanzminister durch Vermittlung der Württembergischen Notenbank auch tatsächlich gewährt worden ist.

Württemberg

Stuttgart, 11. Juli.

Amerikanisches Generalkonsulat. Dem Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Berlin, Herr Gabriel Wie Raudal, dessen Tätigkeit sich auf das ganze Deutsche Reich erstreckt, ist im Namen des Reichs das Equoquar erteilt worden.

Mutwillige Feuermeldung. In der Nacht vom 15. März d. J. wurde der Feuerweber Reinsburgstraße 78 b von dem verheirateten Schlosser Adolf Büchler mutwillig in Tätigkeit gesetzt und dadurch die Feuerwehr 2 zum Ausrücken veranlaßt. Der Täter wurde durch Strafbefehl des Amtsgerichts Stuttgart mit 1 Monat Gefängnis bestraft und hat außerdem die durch das Ausrücken entstandenen Kosten von 133 Mark, sowie die für die Ermittlung des Täters ausgelegte Prämie von 30 Mark zu bezahlen.

Schwurgericht. Um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu bringen, hatte der 54 Jahre alte verheiratete Landwirt Gottlieb Schaal von Unterbrüden, Olt. Badnang, am 30. April in seinem alten, baufälligen Haus Feuer gelegt. Vom Schwurgericht in Stuttgart wurde er zu 2½ Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vom Tage. In der Ludwigsburgerstraße stieß abends ein Motorradfahrer mit einem Lastkraftwagen zusammen. Der Motorradfahrer wurde dabei schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. — In der Strombergstraße wurde ein vierjähriger Knabe von einem Radfahrer angefahren. Das Kind erlitt einen Bluterguß, an dessen Folgen es starb. — Nachmittags kam in der Klinglerstraße in Botnang eine 52jährige Frau auf einer eisernen Treppe zu Fall und fiel auf den Hinterkopf. Die Verunglückte ist noch am gleichen Abend den Verletzungen gestorben.

Aus dem Lande

Reinhafen a. F., 11. Juli. Drei Scheuern und ein Wohnhaus niedergebrannt. Oestern nachmittags brannten die beiden Scheuern von Theresia Lang zur Krone und Alois Baper sowie das Wohnhaus und die Scheuer von Friedrich Kranich bis auf den Grund nieder. Die Brandursache ist nicht bekannt. Mit Hilfe der Weckerlinie Ehlingen konnten die Nebengebäude geschäft werden.

Leonberg, 11. Juli. Unhaltbare Zustände in der Stromverlängerung Leonbergs und Umgebung. Am Samstag war Leonberg vormittags, während der Hauptarbeitszeit zwei volle Stunden ohne Strom, so daß verschiedene Betriebe ihre Arbeiter entlassen mußten und auch die übrigen erheblich geschädigt wurden. Auch gestern war nicht weniger als sieben Mal während des Nachmittags und Abends die Stromzufuhr unterbrochen.

Kirchheim a. N., Olt. Besigheim, 11. Juli. Schwer verletzt. Landwirt S. Klepfer in der Hauptstraße ging wegen eines Pferdekaufs nach Isfeld. Beim Beschlagen des Tieres schlug dieses aus. Klepfer erlitt durch den Schlag einen Darmbruch. Der Verunglückte wurde sofort ins Heilbronner Krankenhaus verbracht, wo er operiert wurde.

Lauffen a. N., 11. Juli. Denkmal für Hölderlin. In der Gemeinderatsitzung stellte Olt. Schmierer den Antrag, dem hier im Jahr 1770 geborenen Dichter Fr. Hölderlin ein Denkmal zu setzen. Der Antrag wurde jedoch als noch nicht spruchreif abgelehnt.

Einbruchsdiebstahl. In der Nacht auf Dienstag wurde in der hiesigen Zweigstelle der Oberamtsparkasse ein Einbruch verübt. Die Diebe stiegen mit Hilfe einer Leiter ein. Im Kassenraum konnten sie nichts ausrichten, während sie dann im ersten Stock im Schlafzimmer des Leiters vom Nachtschlaf weg drei Geldbeutel entwendeten. Wie sehr fehlt jede Spur der Täter.

Heilbronn, 11. Juli. Im Gebirge abgestürzt. Der Kaufmann Richard Höpfer, in Firma Wilt. Schweizer, Eisenwarenhandlung, hier, ist im Gebirge abgestürzt. Er hatte seit einiger Zeit bei Neutte Aufenthalt und am Freitag eine frühere Tour unternommen. Ein Telegramm an seine Angehörigen enthielt die Mitteilung, daß er abgestürzt sei, ohne nähere Angaben.

Maulbronn, 11. Juli. Todesfall. Der frühere Stadtschultheiß von hier, Bausch, ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Gmünd, 11. Juli. Tagung württembergischer Buchdrucker. Am kommenden Sonntag, 14. Juli, findet in Gmünd eine Verbandstagung würt. Buchdrucker statt.

Naturkunde-Ausstellung. Der Verein für Naturkunde Gmünd eröffnet am Sonntag, 21. Juli, im katholischen Vereinshaus eine Ausstellung, auf der u. a. Modelle aus der Heimatgeschichte gezeigt werden.

Neuenstein Olt. Debrinaen, 11. Juli. Angefahren.

Am Dienstag wurde Gärtner Megerle, als er mit dem Fahrrad auf dem Weg zu seinen Baumschulen war, von einem Auto angefahren und vom Rad geschleudert, wobei er schwere inneren Verletzungen erlitt.

Bad Mergentheim, 11. Juli. Gefährliches Spielzeug. Dieser Tage wurde das sechsjährige Töchterchen des Ratsdieners Hertlein von einem gleichaltrigen Knaben, dem Sohn eines hiesigen Geschäftsmannes, mit einem Holzkeil aus Spielerei ins linke Auge geschossen, so daß das Kind einer Operation unterzogen werden mußte. Da die Rehhaut und andere Teile des Organs verletzt sind, ist es noch unentschieden, ob die Sehkraft erhalten werden kann.

Münster Olt. Mergentheim, 11. Juli. Mißgeburt. Bei einem hiesigen Landwirt brachte ein Mutter Schwein einen Wurf von 18 Jungen zur Welt. Darunter befanden sich zwei ineinandergewachsene, kurze Zeit lebende Körper mit je vier Beinen und nur einem Kopf.

Waldahl, Olt. Crailsheim, 11. Juli. Einbruchsdiebstahl. In der hiesigen Darlehenskasse wurde eingebrochen und über 800 Mk. Bargeld gestohlen. Der Täter konnte noch nicht ermittelt werden.

Ellwangen, 11. Juli. Das Hagelwetter und die Glasklärung. Trostdem heilige 8 Tage seit dem schrecklichen Hagelwetter verfloßen sind, ist der Schaden noch nicht behoben. Die Glaser- und Schreinerbetriebe arbeiten mit Verstärkung. Im ganzen dürften bis jetzt ungefähr 5600 Quadratmeter Glas verarbeitet worden sein, trotzdem wird es noch einige Tage dauern, bis alle Wunden in dieser Hinsicht geheilt sind. Der Gesamtschaden des Hagelwetters im Bezirk dürfte sich auf 1 Mill. belaufen.

Ellwangen, 11. Juli. Hagelschlag und Hilfe. Wirtschaftsminister Dr. Beyerle, der gestern im Auto das von dem furchtbaren Hagelwetter am 4. Juli betroffene Gebiet besuchte, behandelte in einer hiesigen Versammlung, an der die Vorstände der Oberämter Gmünd, Aalen und Ellwangen und die Vertreter der betroffenen Gemeinden teilnahmen, die in Betracht kommenden Abhilfemaßnahmen, die dann in der anschließenden Aussprache ausgiebig besprochen und ergänzt wurden. Vor allem wurde sofortige Abhäufung der Hagelschäden durch die Hagelversicherung gefordert im Interesse einer baldmöglichen Felderbestellung, ferner Abgabe von Reistgut seitens des Staats, Poststandesdarlehen, welche durch die Gemeinden verbürgt und verteilt werden sollen, verbilligter Bezug von Torfstreu, Saatgut für den Anbau von Erbsenfrüchten (Senf, Wicken, Stoppelrüben, Klee u. a.), Steuererlassung und Ermäßigung. Die Ausgabe der Darlehen seitens der Gemeinden soll gegen Schuldscheine erfolgen. Auch betreffs gemeinschaftlichen Baumbezugs sollen Schritte unternommen werden. Außerdem wurde auf die Zentralleitung für Wohltätigkeit und andere Hilfsorganisationen hingewiesen, um dem dringendsten Bedürfnis, der baldigen Beschaffung von Geld Rechnung zu tragen. Besonders wurde auch an die Mildtätigkeit der nichtbetroffenen Gebiete appelliert.

Neuhingen, Olt. Urach, 11. Juli. Schwerer Unfall. Der 32 J. a. Viehhändler Richard Stärr von hier, wohnt in Bayern, der zur Zeit bei seinen Angehörigen weilte, stürzte auf der Weinbergstraße mit dem Fahrrad ab und schlug so schwer mit dem Kopf gegen den Boden, daß er blutüberströmte und bewußlos ins Krankenhaus nach Urach übergeführt werden mußte.

Reutlingen, 10. Juli. Weingärtnerjubiläum. Das 372. Jahresfest konnte die Reutlinger Weingärtner-Genossenschaft unter lebhafter Anteilnahme der Stadtverwaltung und der Einwohnerchaft am Montag begehen.

Tübingen, 11. Juli. Versammlung der Handwerkerkammer. Die Handwerkerkammer hielt hier am Dienstag eine Vollversammlung im Rathausaal ab. Spandikus Eberhardt erstattete den Tätigkeitsbericht. Er betonte dabei, das Handwerk sei der wirt. Regierung dankbar für die Gelegenheit, sich zu den geplanten Neuerungen in der Volkshochschulbildung und im Schulgesetz zu äußern. Das wirt. Volkshochschulwesen könne sich mit den übrigen in Deutschland in jeder Beziehung messen und das Handwerk habe kein Interesse an einer Ueberspannung der Bildung. Der Redner betonte, daß die Reichsverbindungsordnung in der Praxis nicht eingehalten werde und verlangte insbesondere eine Revision der Gewerbesteuer. In den Lehrlingsprüfungen haben sich 4349 Lehrlinge beteiligt, an der Meisterprüfung 536, davon 414 mit Erfolg.

Herrenberg, 11. Juli. 18 v. H. Umlage. Der Vorschlag der Gemeindeverwaltung weist auf ein Einnahmen 209 992 M., an Ausgaben 440 271 M., daraus ergibt sich ein Abmangel von 230 279 M. (im Jahr 1928 221 167 M.). Es ist eine Umlage von 18 v. H. vorgeschlagen.

Tuttlingen, 11. Juli. Zur Frage der Donauverfälschung. Am 8. Juli fand von Donauverfälschung aus eine Beratung des Donauverfälschungsgebietes durch die Berichterstatter des Staatsgerichtshofs für das Deutsche Reich, Reichsgerichtsrat Hagemann-Leipzig und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Grothmann-Berlin, statt im Beisein der Vertreter der an dem Rechtsstreit wegen der Donauverfälschung beteiligten Länder Württemberg und Preußen einerseits und Baden andererseits. Die Befähigung diente zur Vorbereitung der in dem Zwischenurteil des Staatsgerichtshofs bereits vorgesehenen umfangreichen Beweisaufnahme durch Sachverständige und Zeugen.

Tübingen, 11. Juli. Die Donauverlegung, die sich durch den Bahneubau notwendig macht, wird in Angriff genommen. Die Vorarbeiten und das Legen der Rollbahn wird zurzeit ausgeführt.

Göppingen, 11. Juli. Umbau der Bahnstrecke Salach-Säben. Nachdem im Laufe der letzten Monate auf der Bahnstrecke Bruchsal-Stuttgart-Ulm-Münchlingen viele Teilstrecken umgebaut worden sind, wurde vor einigen Tagen als neuer Abschnitt die Strecke Salach-Säben in Angriff genommen. Es werden neue, stärkere Gleise, die eine Länge von 30 Metern aufweisen, auf Holzschwellen eingebaut. Diese Arbeiten machen sich bei dem großen Verkehr dieser Strecke ziemlich unangenehm bemerkbar, da, solange sie andauern, nur ein eingeleisteter, oft mit Zwischenhalt verbundener Betrieb möglich ist.

Geislingen a. St., 11. Juli. Leichenfindung. Gestern vormittag wurde im Wehr Markung Kleinäßen von Arbeitern eine etwa in den 40er Jahren lebende

Frauensperson an einem Nachen hängend tot aufgefunden. Die Personalien der Toten sind noch nicht bekannt.

Ulm, 11. Juli. Stand der Münsterbauarbeiten. In der Sitzung des Evang. Gesamtkirchengemeinderats erstattete der Münsterbaumeister Bericht über den Fortgang der Bauarbeiten. Zur Zeit wird Pfeiler 11 der Nordseite im oberen Teil schußbehandelt, im unteren ausgefügt. Der linke Brauttorpfeiler wurde neu eingestrichelt. Er weist tiefgehende Zerstörungen des Steinwerks auf. Das schwere Hagelwetter vom 4. Juli hat am Münster verhältnismäßig wenig Schaden angerichtet. Die vom Gesamtkirchengemeinderat am 10. Juli für das Rechnungsjahr 1929 beschlossenen Bauarbeiten am Ulmer Münster mit einem Aufwand von 220 000 RM. sind vom Oberkirchenrat genehmigt worden.

Selbstmord. Ein Mehrgemeister F., 50 Jahre alt, wurde gestern abend in einem Gebüsch beim Ulmer erhängt aufgefunden. Er wurde von seinen Angehörigen seit einigen Tagen vermißt.

Ulm, 11. Juli. Verhaftungen. Festgenommen und dem Gericht zugeliefert wurde ein in Ulm zugereister fremder Bursche, der mit dem Mord im Wald bei Stoffenried an einem Landwirt in engsten Zusammenhang gebracht wird. — Weiter wurde ein Mann von Ulm festgenommen, der Verbrechen am keimenden Leben begangen hat.

Laupheim, 11. Juli. Römische Funde. Zum erstenmal stieß man hier auf römische Ueberreste, und zwar anlässlich einer Freilegung einer städtischen Kiesgrube am Wendelinsberg. Eine Bronzemünze, Soldatenknöpfe und römische Tonscherben (Sigillata) konnten dem Heimatmuseum übergeben werden.

Ravensburg, 11. Juli. Ehrende Berufung. Fräulein Reallehrerin Greiner, die seit vier Jahren an der hiesigen Mädchenrealschule tätig ist, wurde an die Deutsche Schule nach Genoa berufen, wo sie am 16. September ihre Stelle antritt. Der Vorstand dieser Schule ist Dr. Wanner von Ravensburg.

Leutkirch, 11. Juli. Postamtsneubau. Mit dem Postamtsneubau wird anfangs August begonnen werden. Der Rohbau soll dieses Jahr noch fertig werden; nächstes Jahr wird der Bau bezugsfertig werden. Die Gesamtkosten betragen etwa 200 000 Mark.

Fischbach, Olt. Tettnang, 11. Juli. Tödlicher Unfall. In Klustern stieß der Straßenwart Huber von Immenstaad auf seinem Fahrrad mit einem Auto zusammen. Mit einem schweren Schädelbruch wurde er in das Krankenhaus Marldorf gebracht, wo er starb.

Friedrichshafen, 11. Juli. Vom Zollwesen. Die Vorarlberger Zeitungen berichten folgendes Vorwissen: Am 4. Juli kenterte auf der Höhe von Krehbrunn ein der Firma Weichel u. Mohr in Immenstaad gehörendes Riesenschiff. Die zwei Mann Besatzung wurden mit Lebensgefahr von zwei Fischern aus Hard gerettet und in Wasserburg an Land gesetzt. Von der schweren Rettungsarbeit ermüdet, begaben sich die zwei Fischer an Land, um auszuruhen und sich zu stärken. Da sie kein Geld bei sich hatten, verkauften sie eine frisch gefangene Seeforelle im Hotel „Krone“ und konnten sich nun eine Stärkung kaufen. Ein deutscher Zollbeamter aber forderte nun von den Fischern als Eingangszoll für die verkaufte Seeforelle vier Mark, die die beiden Lebensretter bezahlen mußten.

Der Bischof als Samariter. Bischof Sprell von Rottenburg fuhr am Montag über Ueberlingen, Meersburg, Marldorf nach Friedrichshafen zur Firmung. In der Nähe von Birnau wurde das bischöfliche Auto angehalten mit der Bitte, einen schwerverletzten Mann, der infolge zweier Motorradstöße verunglückt, mitzunehmen. Der blutüberströmte Mann fuhr dann an der Seite des Bischofs mit nach Meersburg ins Spital.

Dinkelsbühl, 11. Juli. Die Millionenschäden des Unwetters. Landwirtschaftsrat Huber beziffert den durch das Unwetter am 4. Juli im Bezirk Dinkelsbühl verursachten Flurschaden auf 6 240 000 RM., den sonstigen Schaden auf 500 000 RM.

Imnau i. Hohenz., 11. Juli. Nachts wurde im hiesigen Bahnhof eingebrochen. Dem Täter fielen Zigarren, Zigaretten und Geld in die Hände.

Die Unterschlagungen beim Deutschen Sängerbund. Wegen den Unterschlagungen des Deutschen Sängerbunds, Redlin in Berlin, der 900 000 Mark aus der Sängerbundskasse unterschlagen hat, sowie gegen andere leitende Persönlichkeiten des Bundes ist vom Untersuchungsrichter beim Landgericht 3 in Berlin eine Voruntersuchung eingeleitet worden. Die veruntreute Summe soll durch eine kleine Umlage auf die Bundesmitglieder ersetzt werden.

Der Rücktritt des bisherigen Vorsitzenden des Sängerbundes, Rechtsanwalt Dr. Friz List, dürfte mit dem bedauerlichen Vorkommnis in Verbindung stehen.

Raub im Kommant. In Bad Tölz (Oberbayern) raubte der 28jährige Dienstmagd eines Schmiedmeisters in Lengries im Kassenraum des Finanzamts einige hundert Mark, indem er den Beamten mit einem Revolver bedrohte. Der fliehende Räuber konnte kurz darauf verhaftet werden.

Lokales.

Wildbad, den 12. Juli 1929.

Landeskurtheater. Heute Freitag abend 8 Uhr wird die moderne Tanz- und Schlageroperette „Die tolle Lola“ von Hugo Hirsch die beim Publikum Stürme der Heiterkeit entziffelte, zum 4. Male wiederholt. Die beiden Hauptrollen liegen in Händen von Marga Bube und Norbert Scharnagl. — Samstag abend 8 Uhr findet die Erstaufführung der reizenden Wiener Operette „Wiener Blut“ von Johann Strauß, statt. Für die Partie des Grafen Jedlau wurde Hans Weber der 1. Operettentenor des Stadttheaters Würzburg gewonnen. Für die Inszenierung des Werkes zeichnet Norbert Scharnagl, für die musikalische Leitung Philipp Hippelst. — Sonntag abend 8 Uhr geht der große Lustspiel-Erfolg „Arm wie eine Kirchenmaus“, von Ladislaus Fodor, zum 4. Male in Szene. — Montag abend 8 Uhr wird Arnold und Bach's seit Jahren erfolgreichster Schwankslager, „Die vertagte Nacht“, der die größten Lacherfolge erzielte, erstmals aufgeführt.

Film-Abend im Kurjaal. Am heutigen Freitag, den 12. Juli, bietet das Badkommissariat den Kurgästen Gelegenheit, in dem Film „Der Kampf ums Matherhorn“ ein Hochgebirgsdrama nach einer wahren Begebenheit kennen zu lernen. Ein erbitterter Kampf menschlichen Ehrgeizes gegen die Majestät der Natur entbrennt um das Matherhorn, dem schließlich vier Personen durch Absturz zum Opfer fallen. Der gewaltige, mit ungeheuren Gefahren aufgenommene Film dürfte große Anziehungskraft ausüben.

Kurhausball — Modenschau. Wie durch Anschlag bekannt gemacht, findet am Samstag im Kurjaal eine Moden-Vorführung der Firma Dechänge-Stuttgart statt. Meister Dechänge, in Wildbad wohlbekannt, wird auch in diesem Jahre wieder seine neuen Modenschöpfungen zeigen und werden die Damen sicher noch dies oder jenes für den Sommerfriseur benötigen. Da der Abend sehr interessant und amüsant zu werden verspricht, dürfte man beizeiten für Tischbestellung besorgt sein.

Kreuztag 1929.

Einmal im Jahre ruft das Deutsche Rote Kreuz seine große Gemeinde zu gemeinsamer Kundgebung auf. An einem bestimmten Tage, diesmal am Sonntag, den 14. Juli, rüsten sich im ganzen Reiche die tausende von Rotkreuzvereinen und die über 1 Millionen Mitglieder des Roten Kreuzes zu Gedenkfeiern für die Mission und das Wirken des Roten Kreuzes.

Es sind Gedenkfeiern im höchsten Sinne. Ein jeder soll am Beispiel des Roten Kreuzes dessen gedenken, was er selber in unserer nach Hilfe drängenden Zeit an seinen Mitmenschen an sozialem Helfen und Dienen leistet. Keiner ist so stark, um allen helfen zu können. Jeder kann nach dem Maße seiner Kräfte nur dem Einzelnen oder einigen helfen. Aber die Hilfe jedes Einzelnen zusammen genommen ergibt den breiten Strom, aus dem dann wie im Roten Kreuz ganze Volksteile je nach der Art der Hilfe Vinderung und Milderung ihrer körperlichen seelischen und wirtschaftlichen Nöte finden.

Der Kreuztag ruft jeden Einzelnen zur Hilfe am nächsten Sonntag auf! 1 Million 300 Tausend Mitglieder zählt heute das Deutsche Rote Kreuz. So viel Hände und Herzen strecken sich allen, die danach verlangen, zur Rotkreuzhilfe aus. 8000 Rotkreuzschwestern bieten in Krankenanstalten, Heilbädern, Säuglingsheimen, Erholungsheimen, Siechenheimen, Altersheimen usw. an insgesamt 17 000 Betten den Verdienen, Siechen und Erholungsuchenden Pflege und Betreuung. Die Sanitätsmänner, die bei jedem Unglück, wo es sich auch ereignen möge, ganz freiwillig dabei sind, um Erste Hilfe zu leisten, gehören ja zu den populärsten Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens. Wo das Rote Kreuz auf weißem Grund erscheint, da erscheinen Hilfe, Rettung und Nächstenliebe. Es wird nicht gefragt, wer sie fordert. Jedem Bedürftigen wird sie zuteil. Die Neutralität ist das oberste Gesetz in der Satzung des Roten Kreuzes.

Der Kreuztag wird auch in unserem Orte gebührend begangen. 364 Tage im Jahre arbeitet das Rote Kreuz ganz in der Stille, tritt es nicht hervor mit seinen Zielen und Einrichtungen. Während des ganzen Jahres erleben je nach der Größe des Ortes Hunderte und Tausende das Wirken des Roten Kreuzes in jeglicher Not. Diese Hunderte und Tausende und nicht nur die Angehörigen und Mitglieder des Roten Kreuzes sollten an dem einen Tage, an dem das Rote Kreuz nicht für sich sondern immer nur für die Hilfsbedürftigen an die Öffentlichkeit tritt, zusammenströmen und Zeugnis ablegen für das, als was das Rote Kreuz sich ihnen erwies.

Sie können es nicht besser tun, als durch das eigene Wirken im Sinne des Roten Kreuzes. Für jeden ist im Roten Kreuz etwas zu tun. Wenn sie kein bestimmtes Amt übernehmen wollen, so können sie durch Gänge, Erundigungen, Besorgungen, Handreichungen, Aushilfen usw. an ihrem Teile mitarbeiten an dem umfangreichen Dienst der Rotkreuzvereine. Wenn sie tätig nicht mithelfen wollen, so mögen sie ihr Scherlein zur Rotkreuzarbeit beitragen, indem sie Mitglied des Roten Kreuzes werden. Jeder Rotkreuzverein nimmt seine Mitglieder auf, ohne zu fragen, wer es sei.

Auch in diesem Jahre wird der Kreuztag wiederum mit einer öffentlichen Sammlung verbunden sein. Jede Gabe, die in die Sammelbüchsen fällt, bedeutet ein Stück Hilfe und Vinderung aus menschlicher Not. Diese Not kann eines Tages auch den befallen, der heute, weil er die Not und die Sorge noch nicht an seinem eigenen Leibe erfahren hat, an den Sammelbüchsen — vorübergeht.

Helfe darum jeder fremder Not, er hilft damit seiner eigenen.

Am 14. Juli ist bekanntlich Kreuztag, verbunden mit einer öffentlichen Sammlung. Wir können nur sagen: Gebt dem Roten Kreuz!

11. Juli. Die Entschädigung der Landtags-Mitglieder. Im Landtag wurde von Abgeordneten aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, ein Initiativ-Gesekentwurf zur Milderung des Gesetzes über die Entschädigung der Mitglieder des Landtags eingebracht. Darnach soll jedem Abgeordneten von dem Tag vor dem ersten Zusammentritt des Landtags bis zum Ende des Monats, in dem der Landtag aufgelöst wird oder seine Wahlperiode abläuft, eine Aufwandsentschädigung in Höhe von monatlich 360 M. gewährt werden, zuzüglich eines Entfernungszuschlags von je 90 M. für diejenigen Mitglieder, die vom Tagungsort mehr als 20 Kilometer entfernt sind. Wenn ein Ausschuß an Tagen zusammentritt, an denen der Landtag keine Vollversammlung abhält, so erhalten seine Mitglieder außer der Aufwandsentschädigung für jeden Tag ihrer Anwesenheit ein Taggeld. Dieses beträgt für Mitglieder, die am Tagungsort und bis zu 20 Kilometer entfernt wohnen, 11 M., für die übrigen Mitglieder 15 M. Der Präsident des Landtags und seine Stellvertreter erhalten für die Dauer ihrer Amtszeit neben einer Aufwandsentschädigung in derselben Höhe wie die übrigen Mitglieder des Landtags für Amtsaufwand eine Entschädigung, die für den Präsidenten monatlich 300 M., für seine Stellvertreter monatlich je

50 M. beträgt. Dieses Gesetz soll am 1. August 1929 in Kraft treten. Durch den vorliegenden Entwurf wird u. a. eine Einsparung von rund 8000 M. erzielt.

Die Umlage der Württ. Handwerkskammern

Nach einer Verordnung des württ. Wirtschaftsministeriums erheben die Handwerkskammern für das Rechnungsjahr 1929 eine Umlage, die sich aus einem Grundbetrag von 3 RM. und einem nach Beitragsseinheiten berechneten Ergänzungsbetrag zusammensetzt. Der Berechnung sind die von den Handwerkskammern im Benehmen mit den Gemeinden auf den Stand vom 1. Januar 1929 festgestellten und ergänzten Umlageverzeichnisse, sowie die vom Wirtschaftsministerium genehmigten Haushaltspläne der Handwerkskammern für 1929 zugrunde zu legen. Betriebe mit einem steuerbaren Gewerbeertrag bis zu 40 RM. einschließlich haben keinen Ergänzungsbetrag zu entrichten. Betriebe mit einem steuerbaren Gewerbeertrag

von 41—100 RM.	sind mit $\frac{1}{4}$ Einheit,
von 101—200 RM.	sind mit $\frac{1}{2}$ Einheit,
von 201—300 RM.	sind mit $\frac{3}{4}$ Einheit,
von 301—500 RM.	sind mit 1 Einheit,
von 501—700 RM.	sind mit $\frac{1}{2}$ Einheit,
von 701—1000 RM.	sind mit $\frac{3}{4}$ Einheit,
von 1001—1500 RM.	sind mit 2 Einheiten,
von 1501—2000 RM.	sind mit 3 Einheiten,
von 2001—3000 RM.	sind mit 4 Einheiten,
von 3001—4000 RM.	sind mit 5 Einheiten,
von 4001—5000 RM.	sind mit 6 Einheiten,

über 5000 RM. mit 7 Einheiten heranzuziehen. Auf Handwerksbetriebe, die im Handelsregister eingetragen sind, trifft nur die Hälfte des für sie berechneten Anteils; jedoch gilt auch für sie ein Mindestumlagebetrag von 3 RM.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Amerikanische Lehrer in Deutschland. Am 9. Juli befristeten 36 Lehrer und Lehrerinnen von amerikanischen Universitäten, höheren und Volksschulen die Odenwaldschule Oberhambach bei Heppenheim. Am 12. Juli wird das Pädagogische Institut in Mainz besucht.

Trotsky in England nicht zugelassen. Mehrere Londoner Blätter berichten, das Kabinett habe beschlossen, dem Erjuden Trotsky ins Zulassung in England nicht stattzugeben.

Bestrafung des „blinden Zeppelinfahrenden“. Der Amerikaner Clarence Terhune, der im vorigen Jahr als „blinder Reisender“ die Fahrt des „Graf Zeppelin“ von Lakehurst nach Friedrichshafen mitgemacht hatte, ist jetzt vom Gericht in St. Louis zu einer Geldstrafe von 1097 Dollar verurteilt worden. Die Strafe ist aus den 5400 Dollar zu bezahlen, die Terhune durch Vorträge über seine Freireise in Amerika eingenommen hat. Der Richter bemerkte, wenn irgendein kräftiger Deutscher den Terhune nach der Landung in Friedrichshafen übers Rnie genommen und tüchtig verhalten hätte, so wäre er besser weggekommen.

Die Rehböcke des Ministerpräsidenten. In der Berliner Zeitung „Der Tag“ war vor längerer Zeit scharf gerügt worden, daß der preussische Ministerpräsident Brauns im Jahr 1924 in dem ihm von Amtswegen zustehenden Jagdrepter Schorfelbe vor Ablauf der Schonzeit Rehböcke geschossen habe. Wegen dieses Artikels waren der Hauptschriftleiter des „Tag“, Frhr. v. Medem, und der Schriftleiter Flemming vom Berliner Gericht zu 600 bzw. 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Angeklagten wie der Staatsanwalt legten gegen das Urteil Berufung ein. In der Berufungsverhandlung, die zwei Tage dauerte, wurde eine große Zahl von Zeugen vernommen. Es wurde festgestellt, daß Ministerpräsident Brauns am 10. Mai zur Jagd gekommen, von dem Forstbeamten aber darauf aufmerksam gemacht worden sei, daß die Schonzeit erst am 16. Mai zu Ende gehe. Brauns habe erwidert, er sei nun einmal aus Berlin gekommen, um zu schlehen. Das Revier sei übrigens ein Gatterrevier, für das die Schonzeit keine Geltung habe. Ein Forstmeister bestätigte, daß das Revier als Wildgehege zu betrachten sei. Das Gericht verwarf sämtliche Berufungen, es bleibt also bei den genannten Strafen.

In den Tod gegangen. Der Verwaltungsassistent Hirt in Wolfach (Baden), der seine Prüfung nicht bestanden hatte und darauf verurteilt wurde, wurde am schweizerischen Ufer des Bodensees als Leiche aus dem Wasser gezogen.

Unter Mordverdacht verhaftet. Ein Liebespaar hatte einen Nachen im Karlsruher Hafen gestohlen, um, wie die beiden angaben, mit diesem nach Caub zu fahren. Der 21 J. a. Stefan Fink steht in dem Verdacht, seine frühere Geliebte in Ströhsburg von seinem Schiff aus über Bord geworfen zu haben. Beim Versuch, die Rheinbrücke bei Maximiliansau zu passieren, schlug der Nachen um. Das Pärchen wurde von der Gendarmrie aufgefischt und hinter Schloß und Riegel gesetzt.

Flugzeugabsturz in Frankfurt. Auf dem Flugplatz in Frankfurt a. M. stieg am Mittwoch abend der erst vor kurzer Zeit von Köln nach Frankfurt versetzte Leiter des polizeilichen Ueberwachungsdienstes, Hauptmann Müller, mit dem Jungflieger Mählau in einer G.M.B. Maschine des Segelfliegers Martens auf. In etwa 50 Meter Höhe geriet das Flugzeug ins Trudeln und stürzte ab. Müller war sofort tot, Mählau wurde schwer verletzt.

Vermisste Kurgäste. In dem pommerischen Ostseebad Koserow werden fünf Kurgäste vermisst, die in der Nacht zum Sonntag einen Ausflug in einem Segelboot gemacht hatten. In der Nähe von Kolberg wurde von einem Flugzeug ein Kloben treibendes Boot gefischt.

Besserung der Verlobung. Vier Professoren der medizinischen Fakultät der Universität Athen beantragten beim Erminister Venizelos eine Steuer von 100 Drachmen (rund 6 Mark) für jede Verlobung. Aus dem Ertrag der Steuer sollten Universitätskliniken erbaut und unterhalten werden. — Es scheint, daß in Athen schon eine in Aussicht gestellte Ehe als schwere Erkrankung angesehen wird.

Unterschleife. Beim Erwerb der Grundstücke in Rom, auf denen das staatliche Filmunternehmen errichtet werden soll, sind bedeutende Unterschleife festgestellt worden. Ein Ingenieur und ein Buchhalter wurden verhaftet.

Die protestantischen Kirchen. Nach einer Statistik in den Mitteilungen des nationalen lutherischen Rats zählen die lutherischen Kirchen in der Welt insgesamt 81 223 180 Glieder. Die Lutheraner stellen damit die größte evangelische Kirchengruppe in der Welt dar. Die Methodisten zählen 28 287 207 Mitglieder, die Anglikaner 21 169 134, die Baptisten 20 025 971, die Presbyterianer 19 206 896 und die Kongregationalisten 5 124 850. Die Gesamtzahl dieser sechs Kirchenaruppen beträgt 174 887 827.

Erster Katapultflug-Dampfer Bremen—Newport. Mit der am 16. Juli in Bremerhaven beginnenden ersten Amerikasahrt des Dampfers „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd wird veruchsweise der Flug eines Katapultflugzeugs vom Dampfer nach Newport verbunden werden. Der Flug soll am 22. Juli etwa 500 Km. vor Erreichung der amerikanischen Küste angetreten werden. Das Flugzeug wird gewöhnliche Briefsendungen jeder Art nach den Vereinigten Staaten hinaus befördern. Sendungen für den Flug können unter folgenden Bedingungen aufgegeben werden: 1. Anschrift: Außer einem Klebezettel „Mit Luftpost“ (Baravion) der auffällige Vermerk „Mit Katapultflug“, 2. Luftpostzuschlag; (außer den gewöhnlichen Auslandsgebühren zu entrichten) 50 Pfg. für je 20 Gr. Durch den Katapultflug wird die Beförderung um etwa einen halben Tag und die Zustellung u. U. noch mehr beschleunigt.

Ein neuer Schwindel. Die Fahrkartenausgabe des Düsseldorf Hauptbahnhof erhielt am 4. Juli anscheinend vom Personalbüro der Reichsbahndirektion Elberfeld die Mitteilung, daß ihr ein weiterer Betriebsassistent zur Verpflegung überwiesen werde. Die Verpflegungsverfügung sollte folgen. Abends meldete sich der neue Assistent zum Dienst, den er einen Tag lang versah. Am zweiten Tag war er verschwunden und mit ihm Kassengelder in Höhe von 1100 M. Die Untersuchung ergab, daß die Fahrkartenausgabe einem Schwindler zum Opfer gefallen war.

Schmuggelbekämpfung durch Flugzeuge. Der Vertreter der Dessauer Junkers-Werke hat der lettischen Regierung die Lieferung von besonderen Flugzeugen angeboten, die zur Bekämpfung des Schmuggels auf See und im Winter für die Eisbeobachtung dienen sollen. Die Flugzeuge sind mit Photographieeinrichtungen für Luftaufnahmen und mit Funkanlagen ausgerüstet.

Lewin und Rappaport wieder in Freiheit. Wie seinerzeit berichtet, waren die nach Unterschlagung von mehreren Millionen aus Berlin geflüchteten Inhaber der Bank Löwenberg u. Co., Lewin und Rappaport, in Rio de Janeiro verhaftet worden und sie sollten nach Deutschland ausgeliefert werden. Durch ein „Versehen“ — nach anderer Meldung infolge von Bestechung — wurden sie aber als „lästige Ausländer“ über die Grenze abgeschoben, und sie befinden sich wieder in Freiheit.

Ein holländisches Militärflugzeug in die Nordsee gestürzt. Bei Nuisduinen ist ein Militärflugzeug aus großer Höhe in die Nordsee abgestürzt, wo es sofort im Wasser versank. Beide Insassen, ein Leutnant und ein Sergeant, fanden den Tod.

Schmuggel. In Wilna (Polen) wurden elf Zollbeamte und Kaufleute wegen umfangreichen Warenschmuggels verhaftet.

Bei einer Gefechtsübung polnischer Truppen bei Lemberg plachte ein Geschuß. Zwei Soldaten wurden getötet, drei schwer verletzt.

Durch Zufall konnte die Zollbehörde in Paris feststellen, daß vier für den früheren afghanischen Gesandten in Paris (jetzt in Moskau) eingetrossene Kisten Morphium und Kokain enthielten.

Eisenbahnunglück in Amerika. Beim Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge bei Clarksdale (Mississippi) wurde ein Eisenbahnbeamter getötet, 11 Reisende wurden schwer und 20 leicht verletzt.

Sklavenhandel in Arabien und Afrika. Nach einem Bericht des Pariser „Excelsior“ aus Jerusalem hat der Völkerverständigung Dr. Reizan dem Völkerbund seinen Bericht über das Sklavenwesen und den Negerhandel überreicht. Das Sklavenwesen erlebe in Arabien, im Sudan und in Abessinien wieder. Man verkaufe jährlich mehr als 2000 Negerklaven. Im Hedschas (Arabien) bestehe eine Steuer von 300 Franken für jeden Verkauf eines Sklaven. Im Hafen von Djiddah sei der Sklavenmarkt ganz nahe bei den Konsulaten der europäischen Mächte. Der König Ibn Saud besitze selbst mehrere Hundert Sklaven, die seine Länder bearbeiten. Der Durchschnittspreis eines Sklaven betrage ungefähr 2000 Mark. Der Preis für junge Negerinnen sei bedeutend höher. Der Preis für alte schwache zwischen 400 und 800 Mark. Auf dem Gebiet des Jemen sei die Sklaverei derart verbreitet, daß die Zahl der Sklaven schon größer sei als die der freien Männer. Jeder Mohammedaner besitze mindestens einen Sklaven.

Wege aus der Wohnungsnot

Vom 12. bis 14. Juli findet in Stuttgart die erste deutsche Eigenheimtagung statt, zu der aus allen europäischen Ländern die Vertreter des Baupargendankens erscheinen werden. Auch der Chairman des größten Bauparkonzerns der Welt und zugleich Direktor der größten englischen Bauparkasse, The Hallifax Building Society, Sir Enoch Hill, weilt zur Zeit in Stuttgart, um dieser Tagung beizuwohnen. In einer Unterredung, die Sir Enoch Hill einem Mitglied der Redaktion der „Südd. Zeitung“ gewährte, machte er einige interessante Ausführungen über die Bauparkbewegung in England. In der Hauptsache, so führte Sir Enoch Hill aus, sind es genau wie bei der Gemeinschaft der Freunde, Kaufleute, Beamte, Arbeiter und Handwerker, aus denen sich der Mitgliederstand zusammensetzt. Da die Gesellschaften über ungeheure Kapitalien verfügen, werden den Bauparkern bei Abschluß des Vertrags, d. h. wenn sie 25 Prozent eigenes Kapital besitzen, die restlichen 75 Prozent zu einem Zinssatz von 5½ Prozent sofort ausbezahlt. Bis heute wurden nach der Bilanz der Hallifax-Gesellschaft 1,2 Milliarden Mark Baugelder ausbezahlt. In England bewegt sich die Höhe der Bausummen, wie bei uns, zwischen 13 000 und 16 000 RM. In der Hauptsache werden auch dort Einfamilienhäuser erstellt, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß z. B. ein Bauplatz (Haus mit Garten) in der Regel auf 600 bis 800 RM. zu stehen kommt.

Auf Befragen äußerte sich dann Sir Enoch Hill über das Problem des kommunalen Wohnungsbaus. Er erklärte, daß die Gemeinden auch in England auf diese Weise, jedoch auch erst nach dem Krieg, veruchten, die Wohnungsnot zu beheben. Doch haben die Kommunen dort heute schon erkannt, daß dieser Weg nicht aus der Sackgasse führe. Die Stadt London hat z. B. ihre Häuser, die zu einem Preis von 1200 Pfund Sterling erstellt wurden, heute bereits wieder veräußert. Allerdings mit einem erheblichen Verlust, denn der Erlös betrug im Durchschnitt nicht mehr als 500 Pfund Sterling. Auch bei dem kommunalen Wohnungsbau in Deutschland könne es auf die Dauer nicht ohne große Verluste für Städte und Steuerzahler abgehen.

